Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/63-1/3/T. 1002

Verantwortliche/r:
Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:
63/002/2009

**Neubau eines Wohnheimes;
Kitzinger Straße;
Fl.-Nrn. 255/4, 261/3 Tfl., 255/2 Tfl.;
Az.: 2009-716-BA**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	02.02.2010	öffentlich	Beschluss	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen

Erlanger Stadtwerke AG; 31/NatSch - Naturschutz und Landschaftsplanung – Landschaftsschutz; 31/ImSch – Immissionsschutz; 322 - Ordnungs- u. Gewerbewesen; 23 – Liegenschaftsamt; 63-2/5 – Grundstücksentwässerung; 66 – Tiefbauamt; 611 – Stadtplanung

I. Antrag

Das Bauvorhaben und die erforderlichen Befreiungen vom Bebauungsplan nach § 31 Abs.2 BauGB werden befürwortet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen ruft das Bauvorhaben hervor?)

1 Bebauungsplan:

2 199

Gebietscharakter:

WA allgemeines Wohngebiet

Widerspruch zum Bebauungsplan:

Fast vollständig außerhalb der Baugrenzen in einer öffentlichen Grünfläche, die zwingend mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen ist;
Landschaftschutzgebiet

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Geplant ist die Erweiterung des bestehenden Wohnheims für Behinderte (25 Betten) durch einen neuen Wohntrakt mit 24 neuen Betten auf dem nördlich angrenzenden Grundstücksteil. Es handelt sich um einen zweigeschossigen Baukörper mit Flachdach, der über eine Eingangshalle mit dem Bestandsgebäude verbunden wird.

Um das Vorhaben realisieren zu können, musste eine Teilfläche der westlich angrenzenden städtischen Grünfläche mit einer Teilfläche entlang des Adenauerrings im Besitz der Lebenshilfe getauscht werden. Der Vertrag mit dem Liegenschaftsamt diesbezüglich wurde am 21.12.2009 abgeschlossen.

Als Ausgleich für das Bauen im Landschaftsschutzgebiet werden auf der nördlich angrenzenden, nun städtischen Fläche Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt. Weil dort nicht der gesamte Ausgleich durchgeführt werden konnte, werden zusätzlich 5 einheimische Laubbäume auf dem Grundstück der Förderschule Johann-Kalb-Straße gepflanzt.

Der Befreiung von den Baugrenzen und der Festsetzung „öffentliche Grünfläche“ wird unter Hintanstellung städtebaulicher Bedenken aus Gründen des Allgemeinwohls zugestimmt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nachbarbeteiligung: Zustimmung

Anlagen: Lageplan

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Bauausschuss/Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb am 02.02.2010

mit 12 gegen 0 Anwesend 12 Stimmen

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang